

# Amts- und Anzeigebblatt.

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Seite 10 Pf.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

N<sup>o</sup>. 16.

Donnerstag, den 5. Februar

1880.

### Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Montag, den 9. Februar 1880, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungslokal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.  
Die Tagesordnung ist aus dem Aufschlage in der Haukskur des amthaupt-  
mannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.  
Schwarzenberg, am 2. Februar 1880.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Freiherr von Wirsing.

Elkr.

### Erlaß,

die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken betr.

Nachdem zu Folge des Erlasses der unterzeichneten Königlichen Amtshauptmann-  
schaft vom 25. October 1879, die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken  
betreffend, — siehe Nr. 129 dieses Blattes vom Jahre 1879 — bei der unterzeich-  
neten Königlichen Amtshauptmannschaft bis jetzt nur einige wenige der vorgeschrie-

benen Verzeichnisse eingegangen sind, so werden die Herren Bürgermeister in  
Aue, Grünhain und Johannegeorgenstadt, sowie sämtliche Herren Ge-  
meindevorstände des Verwaltungsbezirks auf jenen Erlaß mit der Veranlassung  
nochmals aufmerksam gemacht, etwaige rückständige Verzeichnisse beziehentlich Vacat-  
scheine nunmehr längstens binnen 14 Tagen anher einzureichen.

Bezüglich der jugendlichen Arbeiter in Walz- und Hammerwerken und in Glas-  
hütten verweist man noch auf die Verordnung vom 5. Mai 1879 — Seite 198  
des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1879. —  
Schwarzenberg, am 31. Januar 1880.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.  
Freiherr von Wirsing.

B.

### Erledigt

hat sich die an den Handarbeiter Friedrich August Müller aus Carlsfeld un-  
term 20. Januar dieses Jahres erlassene Vorladung.  
Eibenstock, am 2. Februar 1880.

Der Königliche Amtsanwalt.  
Kud.

### Tagesgeschichte.

Berlin. Die geplanten Abänderungen des  
Reichs-Militärgesetzes haben in den letzten Tagen auf  
politischem Gebiete fast ausschließlich den Gegenstand  
der öffentlichen Discussion gebildet. Mit besonderem  
Interesse sind dabei die Aeußerungen der russischen und  
französischen Presse verfolgt worden und wenn dieselben  
auch nicht die Stimmung in den Regierungskreisen un-  
serer Nachbarn im Westen und Osten getreu wieder-  
spiegeln, so läßt sich doch entnehmen, daß die von der  
deutschen Reichsregierung geplante Maßregel einen Ein-  
druck hinterlassen hat, der den Chauvinisten an der  
Rheina und Seine die Ueberzeugung verschaffen wird,  
daß man in Deutschland gesonnen ist, die Machtstellung  
des neuen Reiches nach jeder Richtung hin auf-  
recht zu erhalten. Ueber die Aussichten, welche das  
Reichsmilitärgesetz im Reichstage haben wird, sind die  
Stimmen noch sehr getheilt. Von national-liberaler  
Seite gedenkt man, ein Compromiß anzubahnen, daß  
eine kürzere Zeit als sieben Jahre für die Feststellung  
der Präsenzstärke statuiert wird, etwa vier oder fünf  
Jahre. Man wird sich davon wohl ebensowenig Erfolg  
versprechen dürfen, als von Anträgen auf Herabsetzung  
der Dienstzeit. In Betreff der inneren Fragen hat  
die Nachricht von einem neuen Steuerprojekt, welches  
Brausteuer, Börsen- und Quittungssteuer und auch eine  
Inferatensteuer umfassen soll, sehr verstimmt. Es fehlt  
nicht an Stimmen, welche behaupten, die unannehm-  
baren Steuerprojekte wurden nur deshalb vorgeschlagen,  
um schließlich dem Tabakmonopol die Wege zu ebnen.

Wie das „D. Montagbl.“ behauptet, will die  
Reichsregierung nach Schaffung der neuen Infanterie-  
Regimenter, soweit als möglich, das elsass-lothringi-  
sche Armeecorps aus preussischen Truppen zusam-  
mensetzen. — In dem Militäretat wird die Verwend-  
ung von Briefstauben zur Depeschbeförderung für  
das Nachrichtenwesen im Kriege als überaus nützlich  
erklärt und für erwünscht erachtet, in allen Festungen  
Militärbriefstaubenstationen zu errichten. Hiermit erklärt  
sich Deutschland für eine Einrichtung, die Frankreich  
während des Krieges von 1870/71 ausgebildet hat.

Strasburg. Die Gemeindezeitung veröffent-  
licht ein Verzeichniß von 680 Ortsnamen, denen die  
ursprüngliche Deutsche Benennung wieder zurück-  
gegeben worden ist. Die meisten Ortsnamen wurden  
unter der französischen Regierung einfach in's Franzö-  
sische übersetzt, andere durch Umschreibung, Verwand-  
lung, Verfestigung der Endsilben oder durch Verfestigung  
einzelner Buchstaben verewelt (viller, wühr statt weiter,  
trof, broff statt dorf, paguenau statt Hagenau u. s. w.)

Die in der württembergischen Kammer gegen  
das Gerichtskosten-gesetz eingebrachten Anträge kom-  
men von zwei Seiten, welche gleichzeitig Männer um-  
fassen, die schon durch ihre Lebensstellung als Richter,  
Rechtsanwälte und Regierungsbeamte auf eine beson-  
dere Beachtung ihrer Stimmen Anspruch haben. Hohl  
(Landgerichts-Director), von Schwandner (Regierungs-  
Director) und Genossen haben folgenden Antrag über-  
geben: „Die Unterzeichneten stellen, im Hinblick darauf,  
daß schon nach den Erfahrungen der wenigen Monate,  
in welchen das Gerichtskosten-gesetz, sowie die Gebühren-  
ordnung für Gerichtsvollzieher, insbesondere für die Zu-  
stellungsbeamten, in Anwendung sind, die Gebühren-  
sätze derselben nach Höhe und Umfang sich als unhalt-  
bar erwiesen haben, den Antrag: Die Königliche Re-  
gierung zu ersuchen, im Bundesrath auf sofortige Ab-  
änderung dieser Gesetze im Sinn einer Ermäßigung  
ihrer Gebührensätze hinzuwirken.“ Ein ähnlicher An-  
trag wurde von Becker, Rechtsanwalt, Ebner, Rechts-  
anwalt, und Genossen eingebracht. Derselbe lautet:  
„An die Königliche Staatsregierung die Bitte zu rich-  
ten, sie möge bei dem Bundesrath auf baldige Revi-  
sion des Gerichtskosten-gesetzes zum Zweck der Vermin-  
derung der Kosten hinzuwirken.“ — Es wird nun gegen  
diese und ähnliche Anträge eingewendet, daß man zu-  
nächst noch längere Zeit vergehen lassen müsse, ehe man  
an den eben erst geschaffenen Gesetzen rüttle. Der  
Einwand mag für alle anderen Theile der großen Re-  
form gelten, für diesen paßt er nicht. Ob ein Bedürf-  
niß zu theuer bezahlt wird oder nicht, ist eine Frage,  
für deren Beantwortung es keiner langen Erfahrung  
bedarf, dazu genügen Beispiele vollkommen; wohl aber  
steht zu befürchten, daß, je tiefer sich der Wurm in  
der Bevölkerung gegen die übermäßige Höhe der neuen  
Gerichtskosten festsetzt, desto mehr unwillkürlich die Ab-  
neigung auch auf andere Gebiete der Reform und  
schließlich auf diese in ihrer Gesamtheit sich übertrage,  
was im wohlverstandenen allgemeinen Interesse wie  
nur immer verhütet werden sollte.

Der russische General Skobelev wohnte  
im vorigen Jahre den Kaisermanövern in Ostpreußen,  
Pommern und Elsaß bei und war ein scharfer und sehr  
ungenirter Beobachter. Während der Manövertage hing  
er mit den französischen Offizieren zusammen wie eine  
Klette. Was besonders auffiel, war die unermüdliche  
Benutzung seines Taschenbuches. Das Terrain zwischen  
Pillau und Königsberg an der russischen Grenze wür-  
digte er seiner besonderen Beobachtung. Dasselbe ist  
sehr schwierig, selbst die einheimischen Regimenter können  
sich hier leicht verirren. Man erlebte, daß das ost-  
preussische Husaren-Regiment Nr. 1 bei einer Attacke

nicht weniger als 18 Gräben überspringen mußte. Ver-  
schiedene Male nahmen hohe Offiziere Anlaß, Skobelev  
höflich darauf aufmerksam zu machen, daß solches Skiz-  
ziren von Terrain-Verhältnissen im gastlichen Lande  
nicht üblich sei. General Skobelev flüsterete ein verbind-  
liches: Pardou! ritt von der Stelle und sezzierte weiter.  
Da faßte sich einer der Zuschauer ein Herz und machte  
den Kriegsminister v. Kameke auf diesen Vorgang auf-  
merksam. Der aber lächelte und sagte: „Lassen Sie  
ihn zeichnen. Was die Gäste nicht sehen sollen, bekom-  
men sie doch nicht zu sehen!“

Seitdem Utah, der Mormonenstaat, den  
Gesetzen der Vereinigten Staaten unterworfen ist, fühlen  
sich die Gläubigen am Salzsee nicht mehr behaglich.  
Sie haben seit lange den Gedanken gefaßt, abermals  
den Wanderstab in die Hand zu nehmen und der von  
dem Christenthum getragenen Cultur zu entfliehen. Einer  
ihrer Propheten, Elder Thatcher, ist jetzt auf einer Reise  
nach Mexiko, um mit der dortigen Regierung die Be-  
dingungen zu vereinbaren, unter denen die Mormonen  
sich im Lande Montezumas niederlassen können. Elder  
Thatcher ist der jüngste der zwölf Mormonen-Apostel  
und gilt als der fähigste von ihnen. Während der  
letzten fünf Jahre haben schon Mormonenmissionäre die  
nördlichen Staaten Mexikos beircht und an den Gren-  
zen Arizonas einige Colonien gegründet. Seitdem die  
Absicht der Ueberiedelung bekannt geworden, haben  
viele Großgrundbesitzer Mexikos ihre Ländereien den  
Mormonen zum Verkauf angeboten. Erfolgt die Nieder-  
lassung der Mormonen auf mexikanischem Gebiete, so  
kann für Mexiko eine neue und wichtige Culturepoche  
ausbrechen: denn ungeachtet ihrer widersinnigen religiösen  
Vorstellungen haben sich die Mormonen unter Brigham  
Young als Pioniere der modernen Cultur bewährt, wie  
ihre Ansiedelungen am Salzsee beweisen.

### Sächsische Nachrichten.

Leipzig. In diesen Tagen wird beim hiesi-  
gen Landgerichte ein Prozeß zur Verhandlung kommen,  
den die hiesige Fischerinnung gegen den Rath ange-  
strengt hat. Die Fischer behaupten, daß sie dadurch,  
daß der Rath seit mehreren Jahren auch die Eisbahnen  
auf fließenden Gewässern verpachtet, in ihrem Gewerbe  
geschädigt seien. Es gingen infolge des Umstandes,  
daß nicht mehr, wie das früher geschehen, die nöthige  
Anzahl Lustlöcher in die Eisdecke angebracht werden  
könnten, sehr viele Fische zu Grunde, was von ande-  
rer Seite bestritten wird. Bei den betreffenden Prozeß-  
verhandlungen kommen nach dem „Leipz. Tagebl.“ sehr  
weit ausgreifende und interessante Fragen in Betracht.

Riesa. Eine recht auffällige Wahrnehmung  
macht man, wenn man die Anzahl der hiesigen Schul-